

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt. bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 16.— Mt. für einen Monat 5.— Mt., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.80 Mt. bei Platzvorkauf 2.30 Mt., Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelleile 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeldräte und alle Volkshäuser entgegen.

Der mittelbürgerliche Block wieder in die Brüche gegangen.

Die gefährdete Minderheitsdiktatur.

Der mühsam zusammengestellte Block der mittelbürgerlichen Minderheitsparteien mit dem Reichkanzler Fehrenbach an der Spitze ist schon nach wenigen Stunden wieder auseinandergefallen. Er ist gescheitert an den Forderungen der großindustriellen Sinnespartei, die den Haupteinfluß in der neuen Regierung beansprucht. Am gestrigen Nachmittag, als die Ministerliste bereits fertig war, und auch schon die Formel gefunden war, die den Block: Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokratische Partei zusammenkittete, trat die Deutsche Volkspartei auf einmal mit Forderungen hervor, die ihre Herrschaft in der Regierung gesichert hätten. Man darf schon glauben, daß die Forderungen der Volksparteier bei den Zentrumsleuten Entrüstung hervorgerufen haben, da das Zentrum gewöhnt ist, entweder durch Drahtzieheren hinter den Kulissen, oder aber offen zu herrschen. Die Volksparteier verlangen, daß die Ministerien der Finanzen, des Verkehrs, der Wirtschaft und der Post hervorragenden Sachverständigen übertragen werden müßten. Sie würden für diese Ministerien entsprechende Vorschläge machen. Hätte die Volkspartei die Wirtschaft, die Finanzen, den Verkehr in der Hand, so wäre ihr Ziel erreicht, denn das Militär würde sie sich ohnehin sichern, auch wenn Herr Gehler Reichsminister bliebe.

Wie die Lage augenblicklich beurteilt wird, geht aus den Meldungen von Berlin hervor, wonach mit der Regierungsbildung ganz von vorn angefangen werden muß. Es hat den Demokraten also nichts genützt, daß sie Schritt für Schritt vor den Sinnesvertretern zurückgewichen sind. Sie sind nun die Blamierten, und auch die Zentrumsleute müssen empfinden, daß die Kapitalverteiler aufs ganze gehen.

Das Haupt Sprachrohr der Deutschen Volkspartei, die Tages Rundschau, sagt über die Stellung der Demokraten:

„Sehr bedenklich finden wir das Bestreben einzelner demokratischer Blätter, der Deutschen Volkspartei eine Annäherung an die Demokratische Partei, ja eine Aufnahme oder Wiedereingliederung ihrer Grundzüge anzudichten. Davon kann gar keine Rede sein. Die Forderungen der Demokratischen Partei sind abgelehnt worden. Was die Leitung der Deutschen Volkspartei auf die an sie herangekommenen Anregungen und Wünsche antwortete, deckt sich nicht nur sinngemäß, sondern fast Wort für Wort mit ihrem Leipziger Programm, und wenn die demokratische Parteiliste sich dieses Programm nochmals ernsthaft durchgelesen hätte, wäre ihr wahrscheinlich klar geworden, daß ein wesentlicher Teil ihrer Forderungen und Bedingungen überflüssig waren.“

Damit ist von vornherein die vereinbarte Regierungserklärung entwertet, die da lauten sollte:

Die erste Sorge der Regierung ist der Wiederaufbau Deutschlands. Diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig in Angriff zu nehmen, ist der feste Wille der Regierung. Wir fordern die Parteien auf, in einer Zeit, in der die wichtigsten auswärtigen, finanziellen und wirtschaftlichen Fragen alle Kräfte in Anspruch nehmen, die verfassungsrechtlichen Fragen zurücktreten zu lassen.

Der Sinnes-Partei kommt es darauf an, die politische Gewalt in die Hand zu bekommen und mit dieser den Kapitalismus wieder aufzubauen, koste es was es wolle. Die gegenwärtige gefährliche Lage Deutschlands nach innen und außen wird von diesen kapitalistischen Expreßern für ihre Parteizwecke ausgenutzt und damit dem Volke deutlich vor Augen geführt, daß sie ihre Interessen über die der Gesamtheit oder, wie sie es immer nennen, des Vaterlandes, stellt.

Von der anderen Seite her wurde die Koalitionsbildung durch die Haltung der rechtssozialistischen Partei erschwert. Man hatte darauf gerechnet, daß die Rechtssozialisten dieser Regierung so wohlwollend gegenüberstehen werden, daß sie ihr sogar das Vertrauen aussprechen. Dem ist durch den gestrigen Beschluß der rechtssozialistischen Fraktion ein Ende gemacht worden. — Ueber die Sitzung selbst erhalten wir von unserem Berliner Korrespondenten folgende Meldung:

Berlin, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Rekord der Fünftage-Regierung des Herrn Rapp ist geschlagen durch das Einstunden-Kabinett des Herrn Fehrenbach. Gestern nachmittags veröffentlichten die Abendzeitungen bereits das Wählwunschkommunikandum, das Herr Fehrenbach für die Übernahme seiner Reichskanzlerschaft dankte. Die Korrespondenzbureaus verbreiteten bereits das Regierungsprogramm des neuen Kabinetts. Um 1 Uhr verbreiteten amtliche und halbamtliche Telegraphenbureaus die allerdinge zunächst nur halbfertige Ministerliste. Um 10 Uhr abends war alles wieder ein großer Trümmerhaufen. Inzwischen hatten die entscheidenden Sitzungen der sozialdemokratischen, der demokratischen und der Deutschen Volkspartei-Fraktion stattgefunden. Man hatte geglaubt, daß diese Fraktionssitzungen lediglich formaler Natur seien, und daß sie sich den Beschlüssen

ihrer Parteiführer unbedingt anschließen würden. Die erste Enttäuschung brachte die sozialdemokratische Fraktion. Entgegen den Zustimmungen, die angeblich die Führer der Rechtssozialisten den Demokraten gemacht haben, daß sie der Koalitionsregierung ein Vertrauensvotum erteilen würden und auch an den interfraktionellen Sitzung des Blocks teilnehmen wollten, beschloß gestern die sozialdemokratische Fraktion gegen 5 Stimmen, bei der Vertrauensabstimmung, die der Abgabe der Regierungserklärung folgen wird, Stimmenthaltung zu üben. Die Fraktion glaubte nach Abwägung aller Gegengründe nicht weiter gehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, der Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehören, mit ihrer Auffassung nicht vertrüge. Die Fraktion beabsichtigt, ihre Stimmenthaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spa keine Schwierigkeiten erwachsen. Die Entschließung der Sozialdemokraten wurde sofort dem im selben Hause tagenden demokratischen Parteausschuh übermittelt und wirkte dort außerordentlich überraschend. Die demokratische Fraktion zog sich sofort zu einer vertraulichen Sitzung zurück und erklärte: „daß unter diesen Umständen eine Regierung, die vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments getragen, in Spa verhandeln solle, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könne. Infolgedessen stehe man vor einer völlig neuen Situation.“

Aber auch die Deutsche Volkspartei wollte im letzten Moment noch eine Ueberraschung bringen. Während bisher die Bedenken gegen die Ministerliste von der Deutschen Volkspartei nicht geltend gemacht worden waren, versuchte man in der gestrigen Sitzung die demokratischen Zentrumsminister Giesberts und Wirth auszuschließen und erhob deshalb gegen die Befehle der Aemter, die sie inne haben, Widerspruch. Der Bericht über die gestrige Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei besagt: Die Deutsche Volkspartei ist sich heute im Verlaufe ihrer Aussprache darüber klar geworden, daß die vom Reichkanzler vorgeschlagene Ministerliste nicht annehmbar ist. Die Fraktion hält nach wie vor daran fest, daß die Wirtschaft ein einheitliches Arbeitsgebiet ist, und daß deshalb die Frage des Verkehrs und der Post, der Wirtschaft und der Finanzen im Zusammenhang gelöst werden müsse, und daß zu diesem Zweck hervorragende Persönlichkeiten, unbeschadet ihrer Parteistellung, für diese Aufgabe gewonnen werden müssen. Die Fraktion wird diesem Grundsatze entsprechend dem Reichkanzler ihre Vorschlagsliste überreichen. Sie ist der Ueberzeugung, daß, wenn eine Verständigung über diese Punkte erzielt wird, der Kabinettsbildung keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

Bayerische Hochverräter.

Der Deutschen Zeitung entnehmen wir das Folgende: „Die bayerische Mittelpartei (deutschnationale Volkspartei in Bayern), Ortsgruppe München, hielt am 21. Juni eine Mitglieder-versammlung ab, in der Universitätsprofessor Otto eine Entschuldigungsrede machte, die für weite Kreise über Bayern hinaus beachtenswert und ein Beweis dafür ist, daß einzelne Gruppen und größere Gruppen in Bayern nicht von dem Gedanken „Los vom Reich“ abgehen können und wollen, und somit bewußt ein landesverräterisches Spiel treiben. Otto macht die Feststellung, daß von bayerischen Politikern mit den Franzosen in San Remo, in Zürich mit den Engländern verhandelt worden sei, und daß gegenwärtig ein Vertreter in Paris weise. Diesen Versuchen, mit Hilfe des Feindbundes eine reichsfeindliche Politik treiben zu können, werde von der Partei aus mit nachdrücklichem Widerstand entgegengetreten werden und müßte unter diesen Gesichtspunkten auch an den Staatspräsidentenposten, dessen Schaffung die Partei für unumgänglich notwendig hält, herangeraten werden.“

Ein sozialistisches Ministerium in Braunschweig.

Braunschweig, 22. Juni. Die Landesversammlung wählte in ihrer heutigen Sitzung die unabhängigen Abgeordneten Sepp Dertler, Funke und Sievers, sowie die bisherigen Minister Kurik und Steinhilber, die den Mehrheitssozialisten angehören, zu Ministern. Bei der Wahl der neuen Regierung wurden 26 weiße Zettel abgegeben, so daß sich also die Rechte und ein Teil der Demokraten der Stimme enthalten haben dürften.

Die Landtagswahlen in Groß-Thüringen.

Weimar, 22. Juni. Bei den Wahlen zum thüringischen Landtag wurden nach den bisherigen Feststellungen abgegeben: für die Deutschnationalen 34 128, die Deutsche Volkspartei 96 125, Demokraten 49 821, Landbund 92 745, Mehrheitssozialisten 87 726, Unabhängigen 159 512, Kommunisten 5558 Stimmen.

Die Friedenssabotage der Militärs.

W. O. Die englische und französische Presse ist täglich angefüllt mit schweren Anklagen gegen das deutsche Volk, daß es die Bedingungen des Friedensvertrags sabotiert. Die deutsche Presse ist empört über diese „Hetze“, schießt sich im Namen des deutschen Volkes schwer getränkt und beleidigt und beginnt ihrerseits nun gegen die englischen und französischen Kriegsheer in mehr oder minder scharfen Tönen der Empörung zu weitem. Das Bild, das sich so dem deutschen Volke malt, sieht so aus, als ob man in Frankreich und England ohne jeden Grund dem deutschen Volke die Nichterfüllung der Friedensbedingungen vorwirft, nur um auf diese Weise gegen Deutschland hetzen zu können und als ob die deutsche Presse sich feiglich gegen ein dem deutschen Volke zugewandtes Unrecht wehrt. Dieses Bild wird mit Hilfe amtlicher Berichterstattung und Pressebeeinflussung und auf Grund eines schwebenden Einverständnisses der gesamten bürgerlichen Presse einschließlich des Vorwärts dem deutschen Volke vorgespielt, so daß es niemals die Wahrheit erfährt. Der größte Teil der Presse verschweigt die Anklagen, die in Frankreich die Generale und Minister, in England Abgeordnete und Staatssekretäre gegen die deutschen Militärs erhoben, oder aber er teilt die allgemeinen Anklagen mit und verschweigt sorgfältig das unwiderlegbare Beweismaterial. Die deutsche Regierung hütet sich sehr wohl, auf die Anklagen der Entente-Staatsmänner zu antworten, denn sie weiß, daß sie gegenüber diesem Beweismaterial schweigen muß. Mit diesem Lügengewebe versucht man nun, nach Spa zu gehen. Will das deutsche Volk nicht mißschuldig werden, an dieser neuen Verheerung der Völker, so muß es sich zur Wahrheit bekennen und von der Regierung verlangen, daß sie schleunigst über das Treiben unverantwortlicher militärischer Kreise zur Sabotage des Friedensvertrags in aller Deffentlichkeit Auskunft gibt.

Der französische Kriegsminister Lefèvre hat in den letzten Tagen in der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten mehrfach die Frage der deutschen Entwaffnung angeschnitten und dabei ebenfalls genau wie früher schon der General Rieffel schwere Anklagen gegen die deutsche Regierung erhoben. Es ist notwendig, daß dieses Anklagematerial und alles, was über die Nichterfüllung des Friedensvertrags durch das geheime Treiben der Militärs bekannt ist, im Zusammenhang der Arbeiterchaft vor Augen gehalten wird.

Bei einer plötzlichen Revision, die Offiziere der Entente-Kontrollkommission kürzlich in den Werken von Krupp vornahmen, hat man festgestellt, daß dort im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrags noch Geschütze und Munition hergestellt werden. Dabei ist festgestellt worden, daß Bestellungen auf 60 7,7-Zentimetergeschützen mit Munition vorlagen, daß 18 000 Kartuschen für die Marine bestellt und davon schon 6000 geliefert waren. Man hat entdeckt, daß neue Versuche mit einem 6-Zentimetergeschütz vorgenommen wurden, und als alle diese Mitteilungen dem Reichswehrminister Gehler gemacht wurden, war er darüber aufs höchste erstaunt und versprach, diese Vorgänge sofort abzustellen. Ebenso hat die Kontrollkommission in einer großen Zahl anderer Fabriken Beanstandungen vornehmen müssen. So haben in Frankfurt von 92 Fabriken, die beschäftigt wurden, allein 77 beanstandet werden müssen. In Köln von 220 Fabriken 139. Im ganzen sind von 581 beschäftigten Fabriken nur 293 unbeanstandet geblieben. In Hannover hat die Kommission ein großes Lager von mehr als 30 000 zum Armeegerät gehörigen Wagen vorgefunden. Bei einem Kontrollbesuch bei der Firma Siemens u. Halske von Offizieren der internationalen Kontrollkommission unter Führung eines englischen Offiziers, der am 20. Mai stattfand, wurde zunächst nichts an Kriegsmaterial gefunden. Am 21. Mai wurde eine kleine Quantität von Kriegsmaterial entdeckt und der Direktor, der die Führung der Kommission durch das Werk übernommen hatte, erklärte auf Befragen in Gegenwart der deutschen Offiziere, Hauptmann Bultmann und Adriano, daß kein weiteres Kriegsmaterial in dem Werke vorhanden sei. Bei einem neuen Besuche wurden trotz dieser Versicherung wieder kleinere Mengen von Kriegsmaterial entdeckt. Bei einem vierten Besuche fand die Kommission wieder neue Magazine voll mit Kriegsmaterial. Am 29. fand ein weiterer Besuch in dem Wernerwerk statt. Dabei wurden zwei verschlossene Räume entdeckt. Der Direktor erklärte in Anwesenheit der deutschen Offiziere, daß in diesen Räumen kein Kriegsmaterial vorhanden sei. Als die Kommission trotzdem die Öffnung dieser Räume verlangte, versuchte der Direktor zunächst dies dadurch zu ver-

Hindern, daß er erklärte, keinen Schlüssel zu besitzen. Die Kommission bestand indessen aus der Besetzung dieser Lokalkomitees und es zeigte sich, daß sie voll Kriegsmaterial waren.

Diese Vorfälle machen es verständlich, warum die deutschen Militaristen sich mit aller Energie dagegen wehren, daß die Entente-Kontrollkommissionen von ihrem Recht der plötzlichen Revision derjenigen Betriebe, die Waffen und Munition herstellen, Gebrauch machen. Da nach Artikel 168 der Friedensverfassung die Anfertigung von Waffen, Munition und Kriegsgeschütz aller Art nur in Werkstätten und Fabriken stattfinden darf, deren Lage den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden ist, so stellen alle diese geheimnisvollen Vorgänge Vergehen gegen den Friedensvertrag dar. Sie verstoßen ebenso sehr gegen den Artikel 169, der die Auslieferung aller eine bestimmte Zahl überschreitenden Waffen verlangt. Es ist selbstverständlich, daß die Entente-Missionen, denen man beispielsweise in Kassel und Fulda den Einblick in die großen Materiallager der Heeresverwaltung verweigert hat, aus allen solchen Anzeichen den Eindruck gewinnen müssen, daß man in Deutschland noch immer für einen Repanierkrieg rüstet, und daß sie infolgedessen immer von neuem auf die Entwaffnung und Durchführung der Friedensbestimmungen dringen.

Dazu kommt der Widerstand, den die Heeresleitung der Abrüstung entgegenbringt. Obwohl im Artikel 169 des Friedensvertrags in den Übersichten 2 und 3 die zugelassene Höchstmenge an Waffen und Munition genau festgelegt ist, verlangt die deutsche Heeresleitung heute noch immer eine größere Anzahl von Geschützen. Nach den Bestimmungen des Art. 169 sind beispielsweise nur 204 leichte Geschütze (7,7 Zentimeter) zugelassen. Die deutschen Militärs verlangen aber die Bewilligung von 1707 Feldgeschützen. Sie fordern weiter 1081 Flugabwehrgeschütze, dazu 2508 schwere Geschütze, während nach dem Friedensvertrag nur 84 Haubitzen (10,5 Zentimeter) zulässig sind. Sie fordern 6760 Maschinengewehre gegen 2226 zugelassene, 3000 Minenwerfer gegenüber 252 zugelassenen und nicht weniger als 304 045 Karabiner und Gewehre gegenüber 102 000 im Friedensvertrag zugestanden. — Diese Forderungen lassen sich nicht einmal mit der Stärke des 200 000 Mann-Heeres begründen, denn sie betragen mehr als das Dreifache der im Friedensvertrage zugelassenen Waffenmengen. Ebenso ist es mit den Munitionsmengen. Auch hier versuchen die deutschen Militärs die Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrags zu verhindern. Während dieser beispielsweise im Artikel 167 für jedes Festungsgeschütz nur 500 Schuß Munition zuläßt, verlangen die deutschen Offiziere eine bedeutend höhere Zahl.

Wenn auf diese Weise die Entente-Kontrollkommissionen feststellen müssen, daß von den Artikeln 168—169, welche die Abrüstung des deutschen Landheeres betreffen, die meisten nicht erfüllt sind, so kann man leicht begreifen, daß nicht nur das französische und englische Volk, daß auch die Regierungen sich des Glaubens nicht erwehren können, daß trotz des vielleicht guten Willens der deutschen Regierung, daß trotz des Friedenswillens des deutschen Volkes in Deutschland Kräfte vorbanden sind, die alles daransetzen, den Friedensvertrag zu sabotieren. Diese Kräfte tragen die Verantwortung dafür, daß die Welterziehung immer weiter fortschreitet; sie tragen aber auch die Verantwortung für all die schweren Nachteile, die dem deutschen Volke aus dieser Sabotage des Friedensvertrags entstehen. Es ist deshalb die Pflicht der deutschen Regierung, in aller Öffentlichkeit das Treiben dieser unverantwortlichen militäristischen Kreise zu brandmarken. Nur so wird sie die Verantwortung, wenigstens zu einem Teil, von sich abwälzen können.

Das Reichswehrministerium hat sein hartnäckiges Schweigen gebrochen. Monatlang hatten alle Anfragen, wie es mit der Herabminderung des Heeres auf 200 000 Mann stehe, nicht. Das Reichswehrministerium reagierte nicht auf die Fragen der Presse, oder es gab in echt militäristischer Schnodderigkeit kurze, nichtsagende Notizen, die sich noch dazu in jedem einzelnen Falle als falsch herausstellten. Auch dann schweig das Reichswehrministerium, wenn ihm keine Nachrichten als Lügenmeldungen erwiesen wurden. Es kümmerte sich den Teufel um die öffentliche Meinung, um Friedensvertrag, Parlament und Presse; die Herren Generale taten, was ihnen beliebt.

Jetzt sind die Anfragen, die aus England und Frankreich herüberhallen, aber doch zu laut geworden. Das Material ist zu erdrückend, und nun plötzlich überschüttet das Reichswehrministerium die Presse mit einer Fülle von Notizen und läßt seine Vertreter mit einer Redseligkeit auf die Pressevertreter los, daß diese die im Kommando von hervorgebrachten Nachrichten kritiklos für Wahrheit halten. Dadurch sollte sich niemand verblüffen lassen. Trotz aller Dementis des Reichswehrministeriums bleibt es dabei, daß man bei Krupp und Siemens u. a. versteckte Verstecke Kriegsmaterialien gefunden hat, daß das Reichswehrministerium noch immer nicht die Forderungen des Friedensvertrages in bezug auf die Waffenablieferung erfüllt hat; daß es die Armee nicht rechtzeitig auf 200 000 Mann reduziert hat; daß noch immer feststehende Beziehungen zu Zeitverweigerern bestehen; daß man die Öffentlichkeit mit falschen Nachrichten über die Heeresstärke und die Waffenbestände irreführt hat. All diese Tatsachen werden durch noch so rechtliche Dementis des Reichswehrministeriums nicht aus der Welt geschafft. Neu ist die äußerst wichtige Mitteilung, daß das Reichswehrministerium vorläufig keine weitere Verminderung des 200 000-Mann-Heeres vornimmt, obwohl auch ihm genau so wie der gesamten deutschen Öffentlichkeit bekannt sein muß, daß der Oberste Rat wiederholt verkündet hat, daß zum 10. Juli die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann durchgeführt sein muß. Das Reichswehrministerium provoziert also willentlich die Ententemächte, die bereits mit neuer Wut und wirtschaftlichen Repressalien drohen, falls die Bestimmungen des Friedensvertrages über die militäristische Abrüstung nicht innegehalten werden.

Die „aufgelösten“ Einwohnerwehren.

Die letzten Mitteilungen über das Treiben der Einwohnerwehren in Ostpreußen, die lebhaften Debatten in einigen Groß-Berliner Stadtparlamenten über die nichtausgelösten Einwohnerwehren haben das Reichsministerium des Innern auf den Plan gerufen. Es sieht sich veranlaßt, festzustellen, daß veraltungstechnisch die Einwohnerwehren aufgelöst seien. Drei, vier Bezirke werden werden sollen, die bewiesen sollen, daß das Reichsministerium den Ländern die Anweisung gegeben habe, die Einwohnerwehren aufzulösen und daß die Länder dieser Anweisung strikte nachgekommen sind. Wenn es nach den Regierungsverordnungen und nach dem Wortlaut der Verwaltungsverfügungen ginge, so wäre im deutschen Reich alles in herrlicher Ordnung. So aber bleibt die Tatsache bestehen, und wird auch vom Reichsministerium des Innern nicht bestritten, daß die Mitglieder der Einwohnerwehren noch im Besitze ihrer Waffen sind. Lediglich

ble Waffendepots seien aufgehoben. Wohl diese Waffenbestände der Waffendepots gelangt sind, darüber schweigt schamhaft die Regierung. Aber sehr kategorisch erklärt sie, daß sie nicht in der Lage sei, die Bürgerwehr zu entlassen, da sie dazu die Waffentitel nicht in der Hand habe. Das Reichsministerium des Innern kann weiter nicht bestreiten, daß in Ostpreußen die Einwohnerwehren noch in voller Funktion sind. Es entschuldigt sich damit, daß die Entente selbst in Ostpreußen das Vorhandensein der Einwohnerwehren genehmigt habe. An der Richtigkeit dieser Meldung sind für die Zweifel berechtigt, da die Entente stets in allen Teilen des Reiches auf der Aufhebung der Einwohnerwehren bestanden hat. Jedenfalls beweisen die Mitteilungen des Reichsministeriums des Innern, daß das gesamte Bürgerium bewaffnet ist, daß die Regierung nicht daran denkt, dieser Bewaffnung entgegenzutreten, daß sie vielmehr durch ihre Duldsamkeit die weitere Bewaffnung des Bürgeriums fördert.

Bemerkenswert ist auch der Fall Escherich. Das Treiben des bayrischen Landeshauptmanns Escherich, der in Bayern an der Spitze der Organisation der Einwohnerwehren steht, hat in letzter Zeit mehrfach Aufsehen erregt. Herr Escherich bezieht nicht nur ausgedehnte Beziehungen zu Budapest und steht in München nicht nur in enger Beziehung mit dem General von Lubendorf, er hat dieser Tage auch in Berlin seine Beziehungen zum Reichswehrministerium angeknüpft. Das Reichswehrministerium behauptet zwar, daß es mit den Einwohnerwehren nicht das geringste zu tun habe. Um so seltsamer ist die Tatsache, die das Reichswehrministerium nicht bestreiten kann, daß der Herr Landeshauptmann Escherich als Organisator der bayrischen Einwohnerwehren im Reichswehrministerium aus- und eingegangen ist. Das Reichswehrministerium will der Öffentlichkeit weismachen, daß der Herr Reichswehrminister Dr. Gieseler mit Escherich nur verhandelt habe, um ihm mitzuteilen, daß das Reichswehrministerium mit den Einwohnerwehren nichts zu tun haben wolle. Als ob zu dieser Erklärung nicht der Schreiber im Vorzimmer des Herrn Reichswehrministers genügt hätte. Das Reichswehrministerium scheint im Ernst zu glauben, daß die Bevölkerung und vor allem die Arbeiterklasse auf seine plumpen Vorreden hereinfällt. Es beweist aber mit diesen Ausreden nur, daß die Tatsachen zutreffen, und es kann heute als sicher gelten, daß der Organisator der bayrischen Einwohnerwehren im Reichswehrministerium verhandelt hat auf der Grundlage, daß Bayern noch einmal Gelegenheit haben werde, sich für die Hilfe, die die preussischen Truppen ihnen gegen die Räterepublik geleistet haben, zu revanchieren.

Die Spitzelzentrale im Staatskommissariat.

Berlin, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht der F. V.) Die Freiheit veröffentlicht unter dem Titel: Das Staatskommissariat zur Störung der Ordnung sensationelle Mitteilungen aus dem Treiben des Staatskommissars. Die gesamte Rechtspresse: die Tägliche Rundschau, Berliner Lokal-Anzeiger und die Deutsche Zeitung hatten gestern abend Notizen gebracht, in denen sie über eine geheime Konferenz der USV. und KPD. bei Victor Kopp in der Pfaffenstraße berichteten, die den Zweck haben sollte, der Vorbereitung neuer gewalttätiger Unruhen zu dienen. Diese Meldungen waren in den einzelnen Zeitungen sorgfältig, in wenigen Punkten voneinander abweichend, abgestuft. Die Freiheit stellt nunmehr fest, daß das Original-Dokument, auf Grund dessen alle diese Meldungen formuliert worden sind, ein geheimes Spitzelbericht des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung vom 17. Juni 1920 ist. Die Freiheit ist in der Lage, diesen Geheimbericht im Original abzurufen. Die Freiheit sagt dann: „Wie dieser Bericht in die Hände der Täglichen Rundschau gelang ist, darüber wird der Herr Staatskommissar nach dieser Veröffentlichung noch Mitteilung machen. Damit er sich aber nicht bei dieser Kappalle aufhält, möchten wir ihm Gelegenheit geben, sich gleichzeitig noch über einige andre Dinge zu äußern. Vielleicht ist er in der Lage, aufzuklären, wie die vor einigen Tagen von der Täglichen Rundschau veröffentlichten Flugblätter aus dem Besitze des Staatskommissars in den der Täglichen Rundschau gelangt sind. Wir sind ferner so wissensdurstig, daß wir gern erfahren möchten, welchem Zweck das Korrespondenzbureau dient, das der Herr Staatskommissar sich in seinem Referat eingerichtet hat und das unter der Leitung des Herrn Escherich steht. Dieses geheime Nachrichtenbureau verbreitet Meldungen des Staatskommissars, die der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung selbst für so wenig zuverlässig hält, daß er sich Scheu, die Verantwortung dafür zu übernehmen. In diesem Bureau sitzt deshalb ein Herr Dr. Jordan, der in enger Fühlung mit dem Dammert-Bureau steht und mit Herrn Dr. D. D. der gleichzeitig Redakteur der Dena R. Mit Hilfe dieser beiden Korrespondenzbureaus und mit Hilfe anderer Provinz-Korrespondenzen verleiht der Herr Staatskommissar die Presse mit den Ergebnissen seiner Spitzelberichte.“ Die Freiheit sagt am Schluß: „Mit unseren Feststellungen dürfte ein für allemal der Wert der Schauermärchen der Rechtspresse über kommunistische und unabhängige Ausschüsse gekennzeichnet sein. Die eigenartigen Beziehungen Dr. Weichmanns und seines Nachrichtenbureaus zur Rechtspresse diskreditiert dieses Material doch allzu sehr. Das schlimmste an der Sache ist, daß der Herr Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, der sich immer gerühmt hat, daß er keine Spitzel in seinem Betrieb beschäftige, es offenbar für seine Aufgabe hält, durch frei erfundene Spitzelnachrichten und antisowjetische Behauptungen die öffentliche Ruhe und Ordnung aufs schwerste zu gefährden.“

Polsterfühle für Mörder.

Im erstem Reichsbote, dem Blatt der orthodoxen lutherischen Pastoren, lesen wir: Ueberblickt man die Ergebnisse des Marburger Studentenprozesses, so ist es ungläubig, wie die Anklagebehörde überhaupt die Anklage erheben und so die Angeklagten den Unannehmlichkeiten des Prozesses aussetzen konnte. Nach den Grundzügen des Prozeßrechts darf eine Anklage nur bei hinreichendem Verdacht erhoben werden. Es fehlen aber alle Zeugnisangaben für Ueberschreitung der Befehle und Totschlag. Offenbar hat die Anklagebehörde jede genügende Aufklärung des Tatbestandes im Vorverfahren unterlassen. Ein bürgerliches Gericht hätte das Verfahren gar nicht eröffnet. Es ist ungläubig, aber wahr! Nicht nur, daß vertierte akademische Kümmer, an deren Substanz Blut steht, von einem Richterkollegium freigesprochen werden; es wird schon als unehrerfähr empfunden, daß man ihnen nicht Polsterfühle im Gerichtssaal hingestreckt hat und daß man sie für den Verhandlungstag um das Vergnügen des Frühstüppens gebracht hat. Die Reaktion herrscht in Deutschland toller als je zuvor.

Ueber den Prozeß hat sich noch in weitere Einzelheiten zu verlesen, hindert uns wahrhaftig das Gespöhl. Die Freiheit schreibt zu dem Marburger Schandurteil: „Das unschuldig vergossene Blut von 15 Arbeitern bleibt ohne Sühne, weil die Mörder Reinde der Republik und die Arbeiter ihre Verteidiger waren. Das ist die Wahrheit über den Marburger Studentenprozeß. Er konnte zu keiner Verurteilung führen, weil die Angeklagten nicht vor Richtern, sondern vor Kame-

den standen. Das letzte Wort über diesen Stand! ist noch nicht gesprochen. Eine Protestbewegung muß durch ganz Deutschland gehen und so lange anhalten, bis es von der Schmach der Militärjustiz befreit ist.“

Auf zum Protest! Mit der Arbeiterklasse müssen sich alle die Männer und Frauen aus andern Lagern dieser Bewegung anschließen, in denen auch nur ein Funken primitivsten Antisemitismus noch lebt. Einmütig müssen sich alle nicht militäristisch verfaßten Kreise zum Protest gegen den unerhörten Stand zusammenfinden.

Ergebnis der Reichstagswahlen für die U. S. P.

Nach dem nun vorliegenden amtlich festgestellten Wahlergebnis sind für die U. S. P. 4 895 317 gültige Stimmen abgegeben worden. Nachfolgend geben wir einen Ueberblick, wie sich diese Stimmen auf die einzelnen Wahlkreise verteilten, welche Genossen in den Wahlkreisen gewählt und welche durch Listenverbindung oder vermittelt durch die Reichsliste übertragenen Reichstimmern in den Reichstag gelangten:

Wahlverband	Wahlkreis	Zahl der Stimmen und der gewählten Abgeordneten		
		Insgesamt gültige Stimmen	aus den Wahlkr.	Reichstimmern für die Reichst.
II	1 Ostpreußen	hat nicht gewählt		
	2 Berlin	450 667 (7)	38 007	48 615
III	3 Potsdam II	251 948 (4)	11 048	
	4 Potsdam I	258 020 (4)	18 020	8 095
IV	5 Frankfurt a. d. O.	110 060 (1)	50 060	
	6 Bommern	140 816 (2)	20 816	6 442
V	7 Westenburg	45 628	45 628	
	8 Mittelsachsen	58 080	58 080	58 001
VI	9 Niederachsen	80 006 (1)	51	
	10 Oberachsen	hat nicht gewählt		
VII	11 Magdeburg	158 299 (2)	38 299	
	12 Merseburg	310 929 (5)	10 929	13 765
VIII	13 Thüringen	324 527 (5)	24 527	
	14 Schleswig-Holstein	hat nicht gewählt		
IX	15 Hamburg	84 518 (1)	24 518	24 518
	16 Meckl.-Emh.	103 743 (1)	43 743	
X	17 Hannover-Ost	52 042	52 042	44 857
	18 Hannover-Süd	188 872 (2)	8 872	
XI	19 Westfalen-Nord	80 947 (1)	20 947	12 146
	20 Westfalen-Süd	231 199 (3)	51 199	
XII	21 Hessen-Nassau	139 321 (2)	19 321	31 741
	22 Hessen-Darmstadt	72 420 (1)	12 420	
XIII	23 Rhein-Lahn	70 630 (1)	10 630	40 299
	24 Röhren-Trier	29 009	29 009	
XIV	25 Düsseldorf-Ost	317 780 (5)	17 780	56 002
	26 Düsseldorf-West	98 816 (1)	38 816	
XV	27 Oberbayern	131 374 (2)	11 374	57 467
	28 Niederbayern	46 088	46 088	
XVI	29 Franken	175 835 (2)	55 835	34 710
	30 Pfalz	39 625	39 625	
XVII	31 Dresden-Baugen	188 306 (3)	8 306	
	32 Leipzig	267 520 (4)	27 520	9 884
	33 Chemnitz	153 558 (2)	33 558	
	34 Sächsenberg	145 230 (2)	25 230	8 195
	35 Baden	102 006 (1)	42 006	

Als Abgeordnete sind gewählt im Wahlkreis 2: Rulle Stöck, Emil Eschhorn, Georg Debebour, Artur Crispian, Dr. Moses Wolf, Adolf Hoffmann, Heinrich Malachuk; Wahlkreis 3: Erik Subell, Ernst Däumig, Dr. Löwenstein, Anna Kemis; Wahlkreis 4: Dr. Breitfeld, Paul Brühl, Frieda Wulff, Wilhelm Stab; Wahlkreis 5: Franz Koste; Wahlkreis 6: Ewald Bogtner, August Born; Wahlkreis 7: Anna Kemis; Wahlkreis 11: Alwin Brandes, Wilhelm Dittmann; Wahlkreis 12: Erik Kunert, Wilhelm Koenen, Gerhard Düssel, Gustav Raute, Marie Wadmitz; Wahlkreis 13: Wilhelm Bod, Heinrich Meierhof, Dr. Kolenfeld, Mathilde Wurm, Emil Böhmig, Wahlkreis 15: Hermann Reich; Wahlkreis 16: Alfred Dente; Wahlkreis 18: Karl Edgardt, Karl Werbold; Wahlkreis 19: Joseph Ernst; Wahlkreis 20: Konrad Lubowka, Heinrich Teuber, Wal. Dettlinghaus; Wahlkreis 21: R. Dilmann, Toni Sender; Wahlkreis 22: Georg Bedmann; Wahlkreis 23: Philipp Fries; Wahlkreis 25: Lore Kanes, Otto Brack, Hermann Merdel, Julius Rosemann, W. Sauerbrel; Wahlkreis 26: Walter Stöder; Wahlkreis 27: D. Unterleiner, Th. Wendelin; Wahlkreis 29: Joseph Simon, Hans Seidel; Wahlkreis 31: Hermann Weisner, Johann Schirmer, W. Niska; Wahlkreis 32: Erik Gerner, Fritz Seger, Richard Löwinski, Karl Ruffel; Wahlkreis 33: Hermann Jädel, Bernhard Kubitz; Wahlkreis 34: Artur Crispian, Hermann Kemmele; Wahlkreis 35: Adolf Ged.

Durch Listenverbindung sind folgende Abgeordnete gewählt: Marie Karis, Dr. Dersfeld, Adolf Wroch, Wilhelm Bach, Heinrich Pöper, Fritz Goldmann, Friedrich Wüsta, Adolf Schwegler. Die Summe der auf die Reichsliste übertragenen Reichstimmern beträgt 465 817. Demnach sind von der Reichsliste 7 Kandidaten gewählt. Von den auf der Reichsliste bezeichneten Genossen und Genossinnen sind auch in den Wahlkreisen gewählt Toni Sender, Wilhelm Dittmann, Dr. Herzfeld, Friedrich Wüsta, Dr. Moses, Frieda Wulff, Paul Sauerbrel und Julius Rosemann. Demnach gelangen durch die Reichstimmern in den Reichstag die Genossen Lorenz Breunig, Dr. Herz, Dr. Kurt Geuer, Hans Wittwoh, Georg Barthele, Arno Bruchardt und Hans Plettner.

Regierungskrise in Württemberg.

Auch in Württemberg hat das Votum vom 8. Juni das Stärkeverhältnis der Parteien wesentlich verändert. Während die bisherige Koalition aus Rechtssozialisten, Zentrum und Demokraten über eine Vierfünftelmehrheit verfügte, hätte sie im neuen Landtag nur 55 gegen 48 Stimmen der Opposition. Die U. S. P. D. frage deshalb bei der U. S. P., die über 14 Mandate verfügt, ob sie in die bisherige bürgerliche Koalitionsregierung mit eintreten wolle, und erhielt selbstverständlich eine platte Abfuhr. Untere Genossen sind in Württemberg ebenso wie im Reich mit Recht der Auffassung, daß in einem bürgerlichen Koalitionskabinett keine sozialistische Politik gemacht werden kann. Mit der heutigen Volkspartei wollten die Rechtssozialisten nicht ins Kabinett, dagegen war das Zentrum dazu bereit und die Demokraten hätten noch mit sich reden lassen. Die U. S. P. D. beschloß sich am Sonnabend auf ihrer Landeskonferenz mit der Regierungstrage. Mit 56 gegen 27 Stimmen wurde beschlossen, sich nicht an der Regierung zu beteiligen. — Ob nun eine Regierung für mittlere bürgerliche Parteien entsteht, oder eine reine Rechtsregierung ohne Demokraten läßt sich heute noch nicht sagen.

Die Böllische Zeitung meldet: Für den Posten des württembergischen Staatspräsidenten werden, da das Zentrum den Staatspräsidenten nicht zu stellen wünscht und die Sozialdemokratie sich an der Regierung nicht beteiligt, von dem demokratischen Parteitag die Namen Conrad Haukmann, Vager und Dieber, der gegenwärtige württembergische Kultusminister, genannt. Zum Landtagspräsidenten wird vermutlich der Zentrumsabgeordnete Walter gewählt werden.

Stuttgart, 22. Juni. Der neue Landtag ist heute zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten und hat mit 57 von 89 abgegebenen Stimmen den Zentrumsabgeordneten Walter zum Landtagspräsidenten gewählt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde der Abgeordnete Dr. Roth (Bauernbund) mit 78 Stimmen und zum 2. Vizepräsidenten der Abgeordnete Reil (Soz.) mit 33 Stimmen gewählt. Die Wahl des Staatspräsidenten findet morgen statt.

Reichstagsbeginn.

Morgen soll der erste Reichstag der deutschen Republik zusammengetreten und nach 24 Stunden vorher — keine Regierung gebildet, geläufige denn, daß sie ein Programm hätte, aus dem das Volk ersehen könnte, in welcher Richtung es in nächster Zukunft rennen werden soll. Es wird also ein sehr trister Parlamentsbeginn. Donnerstag und vielleicht am Freitag wird die Bureauwahl des Reichstages vorgenommen werden, dann ist bis nächsten Dienstag Pause. Bis dahin hofft man die Regierung und auch ein Programm zustande zu bringen.

Die Kriegsverbrecher oben auf.

Im „Grünen Saal“ des „Reichsaales“ in Berlin hat am vergangenen Montag der Nationalverband Deutscher Offiziere getagt. Auf dieser Tagung wurde vom Hauptmann von Floto mitgeteilt, daß der Verband für den 27. August ein großes „Volkstest“ plante, um die Schlacht von Tannenberg zu feiern. In diesem „Volkstest“ sollen Hindenburg, Ludendorff, Mackensen, sowie alle Für- und Mittäppler des Weltkrieges teilnehmen. Stattdessen soll das Fest im Stadion bei Berlin. Es soll alles auf die Beine gebracht werden, damit der alte wilhelminisch-militaristische Kriegervereinsummel wieder aufsteht.

Soweit ist es also schon gekommen, daß die Worbefehrer in Deutschland wieder beginnen können!

Zusammenstöße zwischen Militär und Demonstranten in Württemberg.

Stuttgart, 22. Juni. (WZ.) Um gegen Preissteigerung und Lebensmittelwucher zu demonstrieren, hatten die vereinigten Gewerkschaften für Dienstag zu Kundgebungen in allen größeren Orten des Landes aufgerufen, die die U.S.W. dazu bewog, um ihre Forderung nach Diktatur des Proletariats auszuüben zu können. Dabei kam es in Ulm und Ravensburg zu Zusammenstößen mit der Polizei und der Reichswehr. In Ulm wurden der Oberamtmann und der Oberbürgermeister mißhandelt. Beim Sturm auf das Rathaus gab es unter der Menge Tote und Verwundete. In Ravensburg wurde das Oberamtmannsgebäude beschädigt; auch hier gab es Verluste auf Seiten der „Aufrechter“. In Aalen bemächtigten sich radikale Elemente mit Gewalt des Waffendepots der Einwohnerwehr und raubten es vollständig aus.

Professurkündigung gegen den Steuerabzug.

Hindenburg (Oberstl.), 22. Juni. Gewaltige Arbeitermassen aus dem Ort und dem Kreise Hindenburg protestierten gestern vor der interalliierten Kommission gegen den zehnprozentigen Lohnabzug zur Steuerzahlung. Einer Abordnung teilte der interalliierte Kreiskontrollleur mit, die interalliierte Kommission habe sich bereits wegen der Außerachtlassung des Lohnabzugs mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt.

Das Gewerkschaftsamt und die Betriebsräte in Neckarsulm haben laut einem gemeinschaftlichen Beschluß den Unternehmern erklärt, daß die Arbeiter- und Angestelltenchaft einen Abzug unter keinen Umständen zulassen könne. Sollte ein solcher Abzug doch vorgenommen werden, so könne dieser nur auf Kosten der betreffenden Firma erfolgen.

Die Sowjetregierung und Deutschland.

Haag, 21. Juni. Ein Moskauer Funkpruch besagt: Tschitcherin hat ein Telegramm an die deutsche Regierung geschickt, worin er den böswilligen und tendenziösen Gerüchten über angebliche feindselige Absichten Russlands gegenüber Deutschland entgegentritt. Es was derartige wäre nicht geplant. Der Krieg gegen Polen sei ein reiner Verteidigungskrieg, die Politik Sowjet-Russlands sei feindselig.

Prozeß wegen der Meuterei im Brandenburger Zuchthaus.

Am 18. März brach im Brandenburger Zuchthaus eine Meuterei aus. Die Gefangenen übermächtigten in allen Abteilungen ihre Wärter, bemächtigten sich ihrer Stollfelder und versuchten dann zu entfliehen. Ein Teil von ihnen wurde durch Hinzukommende Personen an der Flucht verhindert, während 40 Gefangene die Flucht gelang. Auch diese wurden nach kurzer Zeit wieder ergriffen. Sämtliche Gefangene hatten längere Strafen zu verbüßen, zum Teil lebenslängliches Zuchthaus.

Wegen dieser Meuterei hatten sich der Schmel Anton, der Arbeiter Sänger, der Reisende Krastenberg, der Schlosser Garich, der tüchtige Oberleutnant Edib Schürli, der Bäcker Gontkewitz, der Kristi Jaak, der Gärtner Jstel und der Kaufmann Drth vor dem Potsdamer Schwurgericht zu verantworten. Die Verhandlungen fanden am Freitag und Sonnabend statt und waren nach dem Brandenburger Zuchthaus verlegt worden, um dieses nicht vom Aufsichtspersonal zu entblößen.

Sämtliche Angeklagten sagten übereinstimmend aus, daß sie durch das schlechte Essen — meistens kinkender Fisch — zu ihrer Tat getrieben worden wären. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten Sänger, Anton, Krastenberg und Schürli die Hauptschuldigen waren. Alle Angeklagten sind nach ihrer Wiederergriffung von Reichswehrsoldaten brutal mißhandelt worden; sie trugen zum Teil die Spuren der Mißhandlungen noch an ihrem Körper.

Das Urteil lautete: Gegen den Angeklagten Anton auf 2 Jahre Zuchthaus, gegen Sänger auf 3 Jahre Zuchthaus, gegen Krastenberg und Schürli auf je 1 1/2 Jahre Zuchthaus, gegen Garich auf 1 Jahr Gefängnis, gegen Jaak auf 9 Monate Gefängnis, gegen Gontkewitz auf 6 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Jstel und Drth wurden freigesprochen. Die Verurteilung der Angeklagten Anton, Sänger, Schürli und Krastenberg erfolgte wegen schwerer, die der anderen wegen leichter Meuterei.

Ein offizieller Bericht über die Konferenz in Boulogne.

Paris, 22. Juni. Nach der von der Agence Havas über die Konferenz von Boulogne herausgegebenen offiziellen Verlautbarung ist in der Frage der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme und deren Verteilung unter die Alliierten entschieden worden, daß die französischen, englischen, italienischen, belgischen und serbischen Sachverständigen in Paris unter Zugrundelegung des Vereinarbeiten gemeinsame Vorschläge zu machen haben, die den Alliierten am 2. Juli in Brüssel unterbreitet werden sollen. Die Frage der Entwaffnung ist dahin entschieden worden, daß die von den militärischen Sachverständigen vorgeschlagenen Texte angenommen wurden. Sie beziehen sich auf den Besitz des zerstörten Kriegsmaterials und auf den Zeitpunkt, zu dem die Fabrikation von Luftschiffmaterial wieder aufgenommen werden kann. Endlich ist bestimmt worden, daß die Verhandlungen wirtschaftlicher Art, die in London mit den russischen wirtschaftlichen Delegierten geführt werden, fortgesetzt werden sollen. Nach den Erläuterungen des Londoner Berichterstatters der Agence Havas kündigt die Note, die an die deutsche Regierung noch heute gerichtet werde, Zwangsmassnahmen im Falle der Nichtausführung der militärischen Klauseln an. Danach könne man glauben, daß es sich um neue militärische Besetzungen handeln werde, wie die Konferenz von San Remo entschieden habe. Die Fabrikation von Luftschiffmaterial bilde Deutschland erst drei Monate nach der völligen Auslieferung des militärischen Luftschiffmaterials wieder aufnehmen. Über die ungenügenden Kohlenlieferungen werde ein Beschluß in Brüssel gefaßt werden.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Boulogne, 22. Juni. Der Berichterstatter der Agence Havas hat auf der Konferenz den Eindruck gewonnen, als ob sich die französischen und englischen Sachverständigen über den Tilgungsplan der deutschen Schuld einig seien. Die Alliierten würden die Gesamtsumme feststellen, die Deutschland in Raten, deren Beträge besonders bestimmt werden würden, zu bezahlen habe. Diese Raten würden sich von selbst ergeben und nur von gewissen Faktoren ab-

hängen, die aber des Schicksals wegen wie der Wiedergutmachungskommission nicht bedürften. Der Plan stelle nicht nur die Gesamtsumme der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung fest, sondern bestimme auch die von Deutschland jährlich zu zahlenden Beträge.

Verlängerung der Frist für die Entwaffnung?

Paris, 22. Juni. Wie der Berichterstatter der Information aus Boulogne mitteilt, ist die Frist für die Entwaffnung Deutschlands über den 10. Juli hinaus verlängert worden, weil es bis zu diesem Tage durchaus unmöglich sei, das gesamte Kriegsmaterial zu zerstören.

Der Boykott gegen Ungarn.

Wien, 22. Juni. Zum Boykott gegen Ungarn meldet die Arbeiterzeitung die völlige Einstellung des Nachrichten- und Güterverkehrs, abgesehen von Liebesgaben und einem gestern durch Beamte nach Ungarn gebrachten Güterzug. Der Wiener Kreisarbeiterrat habe gestern beschlossen, durch den Boykott den weißen Schreden in Ungarn niederzujagen, und zu diesem Zwecke die Einstellung des gesamten Güterverkehrs durchzuführen und den Austritt des Staatssekretärs Jerbid wegen seines Erlasses gegen den Boykott zu fordern. Nach bürgerlichen Blättern herrscht infolge der Stellungnahme der deutschnationalen Beamten und Arbeiter keine Einheitsfront. — Auf dem Ostbahnhof ist außer dem Güterverkehr auch der Personenverkehr eingestellt, nur Arbeiterzüge verkehren. Ruhe und Ordnung sind bisher nirgends gestört worden. Es verlautet, daß am 24. Juni die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden wird.

Wien, 22. Juni. Die Neue Freie Presse erfährt von unterrichteter Seite, daß der Plan besteht, Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes aus Amsterdam nach Wien zu entsenden, wo sie in Anwesenheit der Vertreter der Wiener Gewerkschaft mit Vertretern der ungarischen Regierung über die Belassung des Boykotts verhandeln sollen.

Wien, 22. Juni. Wie die Rote Herzog zum Boykott erfährt, hat auch in Wien wie in Graz eine Bewegung des technischen Personals der Zeitungen eingelegt, die dahin zielt, unrichtige Angaben über den Stand des Boykotts zu verhindern. Willt der Solidarität der Zeitungsleiter sei es die Boykottbewegung nicht mitteilbar zu machen. In Triest wurde am Sonntag eine große Arbeiterkundgebung zum Anzeichen des Boykotts veranstaltet; insbesondere hätten die Hafenarbeiter ihren Anschlag an den Boykott ausgedehnt. Auch die organisierten Volk- und Telegrammenangestellten in Rom haben einstellend die Teilnahme am Boykott beschlossen.

Sur Lage in Irland.

London, 21. Juni. In Londonderry kam es heute vormittag zwischen Sinnfeinern und Unionisten zu erneuten Kämpfen. Die Hauptstraßen wurden von bewaffneten und maskierten Männern besetzt. Mittags überfielen starke Abteilungen Sinnfeiner aus dem Hinterhalt die Arbeiter, die sich nach den Schiffswerften begaben. Herbeileitende Truppen wurden beschossen. Das Feuer des Militärs zerstörte die Menge. Alle Geschäfte und Läden sind geschlossen, Handel und Verkehr sind lahmgelegt. Sowjet festhält wurden bei den Unruhen zwei Personen getötet und viele verwundet. Zum erstenmal haben heute die Nationalisten Gewehre benutzt. Eingetroffene militärische Verstärkungen bildeten Postenketten, um die feindseligen Parteien auseinanderzuhalten. Abend trat Ruhe ein.

London, 22. Juni. (Reuter.) In Dublin wurde heute ein Automobil, in dem der Kapitän des Generalinspektors der Posttruppen, Roberts, und drei Polizisten saßen, von Bewaffneten aus dem Hinterhalt überfallen. Roberts und der Chauffeur wurden durch Revolvergeschosse verwundet.

Die Vorgänge im Osten.

Der polnische Meeresbericht

meldet: Auf dem nördlichen Abschnitt der Front kam es vor unfern Stellungen längs der Küste und des oberen Laufes der Berezina zu heftigen Kämpfen. Zwischen Borissow und Bobruisk sind die Versuche der Bolschewisten, die Berezina zu überschreiten, mit großen Verlusten für den Feind abgeblasen worden. An der ukrainischen Front waren keine Kämpfe.

Verschiedene Blätter haben in den letzten Tagen ohne nähere Angaben Meldungen über eine katastrophale Niederlage der Polen gebracht. Eine Befestigung dieser Nachrichten ist jedoch bis jetzt nicht eingetroffen.

Kämpfe in Persien.

London, 22. Juni. (Reuter.) Evening News meldet aus Teheran: Die Streitkräfte von Kusschik Khan haben mit Hilfe von bolschewistischen Geschützen die persischen Kosaken in Rescht angegriffen. Vier russische Offiziere und 30 Kosaken wurden in dem vier Stunden dauernden Kampfe getötet. Darauf haben die Kosaken kapituliert.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Verschleierungsversuch.

Auf unsre Notiz in Nr. 111 vom 18. Juni: Unterirdische Arbeit, die sich mit der Ausstreuung des Gerüchtes auf dem Verbandstag der Buchdrucker befahte, die Redaktion der L. B. habe einen Bericht der Opposition über die Tagung abgelehnt mit der Begründung, ihr genüge der Bericht eines rechtsstehenden Reporters, senden uns sechs Delegierte der Opposition nachstehende Erklärung, die sie „Gespensier“ überschreiben:

Die linksstehenden Delegierten im L. B. D. B. im Gau Leipzig erachteten es als ihre Pflicht, ihren Leipziger Auftraggebern, so schnell wie möglich einen unvoreingenommenen Bericht über die Verhandlungen in Nürnberg zu geben. Das konnte nach Lage der Dinge nur durch die L. B. geschehen. Wie in dem Aufsatz angegeben wurde, hatte Genosse Herze einen Bericht über die Buchdruckerlagung der rechtssozialistischen Korrespondenz Kirchner gestellt. Als deshalb auf die Anfrage des Genossen Böttcher vom Genossen Herze geantwortet wurde, er glaube mit dem schon bestellten Bericht auszukommen, schrieb Genosse Meyer an einen Kollegen, daß der Bericht der L. B. aus der Feder eines rechtssozialistischen Reporters stamme und nicht von der Opposition herrühre, das war für die Beurteilung der Verhandlungen durchaus notwendig. Wenn die L. B. den Bericht der Opposition später angenommen hat, so beweist sie nur, daß sie als sozialistisches Blatt einer Großstadt ihren Arbeiterabonnenten aus dem graphischen Gewerbe gegenüber bestimmte Verpflichtungen zugibt. Wie aus diesem Vorgang ein typischer Fall „unterirdischer Arbeit“ konstruiert werden kann, bitte unverständlich, wenn hier nicht wieder einmal bewiesen würde, mit welcher krankhaften Nervosität gewisse Kreise der Arbeiterbewegung allem begegnen, was nicht ihrer Richtung entspricht.

Uwin Dornheim. M. Stier. Wolf Baufeld. A. Meyer. J. Hilger. Paul Böttcher. Bruno Basse. Diese Darstellung ist ein verunglückter Versuch, den klaren Tatbestand, wie wir ihn am 18. Juni gegeben, zu verschleiern. Es genügt wohl, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die private Anfrage des Genossen Böttcher an Genossen Freitag mit keinem Wort von einem Bericht der Opposition sprach; sie war eine

Anfrage wie so viele andre, eine Anfrage um Mitarbeit. Absolut falsch ist, die Redaktion habe den Bericht „später“ aufgenommen; soll wohl heißen, nachdem die Nürnberg-„Mahnung“ gekommen sei. Wir haben die Berichte sofort telegraphisch bestellt, als am 16. Juni der erste Bericht eintraf und sich ergab, daß die unheimlichen Papierstücke sich augenblicklich ein wenig gebessert hatten. Von der unterirdischen Arbeit gegen die L. B. war uns an diesem Tage noch nichts bekannt.

Der Anlaß zu unsrer Notiz in Nr. 111 der L. B. vom 18. Juni war nachstehende, am 18. Juni in Leipzig angekommene offene Postkarte, auf der zwischen Nürnberg und Leipzig jedermann lesen konnte, welches Scheusal von rechtsorientiertem Blatte die L. B. sei:

Auf ein Angebot Böttchers hat die Redaktion der L. B. die Aufnahme eines Verbandstagsberichts der Opposition abgelehnt mit der indirekten Begründung, daß ihr der von ihr bestellte Allgemeine Bericht eines rechtsstehenden Reporters genüge. Ein glänzendes Zeugnis einer U.S.W.-Zeitung. Vielleicht recherchiert Du mal in dieser Richtung.

Diese Karte ist eine einzige Entstellung des tatsächlichen Sachverhalts, den wir hier nicht zu wiederholen brauchen. Wenn der Abender von Böttcher falsch informiert wurde, so mag er sich mit diesem auseinandersetzen. Eine auf offener, jedermann zugänglicher Postkarte verbreitete falsche Behauptung gegen die L. B. ruhig hinzunehmen, hiesse die Gutmütigkeit und die Nachsicht doch etwas zu weit treiben. Der gerade Weg für die sich beschwert Fühlenden wäre eine direkte Anfrage bei der Redaktion gewesen, von der sie umgehend eine schlüssige Antwort erhalten hätten. Statt dessen wählt man einen Weg, der wohl kriminalpolizeilich verständlich, in Parteikreisen aber bisher nicht Sitte gewesen ist: man beauftragt jemand, zu „recherchieren“. Das aber eben charakterisiert sich im politischen Leben als unterirdische Arbeit.

Tariffbewegung im Leipziger Buchhandel.

Von dem Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die am 22. d. M. gepflogenen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Angestellten und dem Arbeitgeberverband des Leipziger Buchhandels verliefen ergebnislos, da die Unternehmer sich nicht bereit fanden, eine allgemeine Aufbesserung der an sich außerordentlich niedrigen Gehälter zu gewähren. Die Unternehmer waren nur bereit, einem kleinen Teil der Angestellten, und zwar den Verheirateten, eine Zulage zu bewilligen, schwiegen sich aber beharrlich über deren Höhe aus und machten den Fortgang der Verhandlungen davon abhängig, daß die Angestelltenvertreter sich grundsätzlich zu dem von der Unternehmerschaft gemachten Vorschläge äußern. Nach dem Gange der Verhandlungen war zu erwarten, daß die nur den Verheirateten zugeachtete Erhöhung eine ganz minimale sein würde. Abgesehen von der hier mit Sicherheit zu erwartenden Enttäuschung der Verheirateten, war es aber den Angestelltenvertretern auch grundsätzlich unmöglich, die Verhandlungen auf das von der Unternehmerschaft gewählte Ziel schieben zu lassen. Die Verhandlungen nehmen nunmehr ihren Fortgang vor dem Schlichtungsausschuß. Hier ist Termin auf den 25. d. M. bestimmt.

Wichtig! Betriebsräte!

Die Ausweisarten für die Gruppen I bis V können, soweit die ausgefüllten Fragebogen zurückgegeben sind, Donnerstag, den 24. und Freitag, den 25. ds. Mts., im Gewerkschaftsamt, Hotel Victoria, Zimmer 101, während der Geschäftsstunden, vormittags 11-1 und nachmittags 4-7 Uhr, abgeholt werden. Der Ausgabe-termin für die Ausweisarten der Gruppen VI bis XIV wird noch bekanntgegeben.

Gewerkschaftsamt Leipzig (Abt. Betriebsräte).

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Dieckner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Ariedrich Villert, Worsdorf-Beipzig.

Druck und Verlag: Pelusoner Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Sie Deine
Preis-Spende
für die **Volksabstimmung**
dem Deutschen Schuhbund
Annahmestelle:
Banten, Spardallen, Postfach 73 778.

Die Hausfrau
verlangt billige
Gardinen!

Wir geben daher bei allen Einkäufen

20%

Ermäßigung auf unsere bekannten
billigen Verkaufspreise!

**Gardinenhaus
Methner**

Neumarkt 274, Ecke Grimmaische-Str.
Lindenau: Demmeringstr. 32

Diese Nummer enthält 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Ortsverein Alt-Leipzig, Nordbezirk. Freitag, 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Stadt Berlin, Berliner Str. 11: Sitzung sämtlicher Funktionäre, betr. E t e r n a t s w a h l. Die Bezirksvertreter.

Alt-Leipzig, Bezirk Zentrum. Freitag, 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, treffen sich sämtliche Funktionäre im Restaurant Zur Hütte, Reichsstraße 34, Hof.

Westbezirk und Unterbezirk Markfrankb. Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, Sitzung in den Westendhallen. Zahlreiches Erscheinen erwarten. Die Bezirksvertreter.

Nordbezirk. Freitag, 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Radauschaus. Wichtige Funktionärsitzung. Das Erscheinen aller, auch der Landorte, ist notwendig. Die Bezirksvertreter.

Johannisfest.

Gegen Ende des 13. Jahrhunderts, als die Pest, dieses europäische Unglück, auch in Leipzig ausgebrochen war, kauften die vorstoßenden Auswärtigen vor dem Grimmaischen Tore für 8 Mark Silber ein paar Morgen Land und siedelten sich darauf an. Aus dieser Kolonie ist das alte Johannisbospital hervorgegangen. Johannes dem Täufer war es geweiht, der der Beschützer vor allerlei Wetterfäden und Seuchen war. Noch heute steht sein Steinbild über dem Portal der Johannisstraße. Nur scheint sein Zauber verflücht zu sein; denn in der Märzwoche hat es nicht vermocht, die Gegend dort vor den Verheerungen einer andern europäischen Seuche, der des Militarismus, zu schützen. Ein paar schwere Rauchschiffe waren also noch heute die Antwort dafür, daß der proletarische Heilige zu seiner Zeit schon Krieger und Priester, Zöllner und Monarchen zu reichlichen Früchten der Buße gemahnt hatte. Wie man heute keinesgleichen „auf der Flucht“ niederknallt und am nächsten Morgen auf Zeitungspapier dem sensationslustigen Spektakel der Feuertage, so knallt man dem Johannes den rebellischen Kopf ab und bracht ihn auf einem Teller zum Kerwenknecht pervergen Fürsten weihen dar. Der 24. Juni ist sein Namenstag, die Zeit der abnehmenden Sonne. Da flammten früher die heidnischen Sonnenwendfeuer und bis in unsere Zeit hinein die Johannefeuer. Die Leipziger Kinder haben heute noch schulfrei an diesem Tage, wenn sie auch nicht mehr Holz dazu sammeln oder beteln. Der Rauch des Feuers reinigte die verpestete Luft und vertrieb also die Seuchen. Die Menschen sprangen durch das Feuer, Tiere wurden hinuntergehetzt, Kräuter hingeworfen, Tänze und Schmausen, bei denen „Feiern“ vor einem Menschenalter noch bei uns üblich, und Reste heidnischer Opferfeste. Vielleicht sieht sich der Leipziger Proletarier einmal im Vorbeigehen im alten Johannisbospital hinter der Kirche das betrunzene Johannomännchen an, das aussieht wie ein hohleweisses Symbol, aber eine uralte Heiligensfigur ist, der Schutzgeist des Hauses, der an diesem Tage, vom „Johannisstrieß“ besetzt, sich von dem Kumpelboden herunterwagt und in Höhe kurze Auserlesene feiert. Vielleicht besuchen wir auch, dem Herkommen gemäß, Gräber lieber Verstorbener, öffnen ein paar Blumen und überlassen uns der Philosophie des Friedhofes, wozu wir eigentlich als Sozialdemokraten keine Ursache haben. Vielleicht verdrängt auch mancher Genosse heute einige der Johannissträucher, z. B. Latzsch, natürlich nur in seiner Weise, dabei nachdenklich meinernd: Der Feuerbrand des Sozialismus wird einst die Welt von der Giftatmosphäre des Kapitalismus reinigen, wird sie erlösen von diesem Wald und Wiese, Vieh und Menschen bedrohenden Dämon. Das beste Kraut aber gegen diese Weisheude, das Feuer zur Weisheit so gesucht war, das ist und bleibt doch das U.-S.-P.-Johannissträuchlein. -a.

Zeitfreiwillige Becheidenheit.

Ein hiesiger Kaufmann brauchte zur Bewältigung seiner Arbeiten noch eine tüchtige Kraft. Auf sein Interat meldete sich ein Kontorist aus Connewitz, der die Stellung am 15. Februar antrat, nachdem die Abwählungsfeste des 100. Regiments ihre Tätigkeit eingestellt hatte. Am 15. März wurde der neue Mann als Geleiter der Zeitfreiwilligen einberufen und kam am 6. April zurück, vom Chef ob seiner Verdienste um die Erhaltung des Eigentums besodigt und beschenkt. Kurze Zeit darauf, am 13. April, traf die schriftliche Nachricht von der 12. Kompanie ein, daß der unentbehrliche Geleiter wieder eintreffen müsse. Kommeher begab sich der Prinzipal zum Zeitfreiwilligenkommando im 6. Stadtwerk der Hauptpost, sah dort diese Zeitfreiwillige müßig umherstehen und kam auf den wenig schönen Gedanken, daß sein junger Mann nur die Gelegenheit benutze, um zu gleicher Zeit Löhnung und Gehalt einzusteden. Der Kaufmann vereinbarte darum mit dem Kommandeführer, daß der junge Mann nur nachmittags von 5 Uhr an Dienst tun könnte. Troz

der Abmachung blieb der Beschützer der Ordnung aber vom 13. bis 21. April jeden Vormittag weg, weil er unabsichtlich war, und erschien erst nachmittags 2 Uhr zur Arbeit, was der Chef auch stillschweigend duldete. Vom 22. April an blieb der Zeitfreiwillige ganz weg, teilte später aus dem Lazarett mit, daß er im Dienste erkrankt sei und erbat zum 1. Mai seinen Gehalt, den er auch erhielt. Da der Krieger nichts wieder von sich hören ließ und der Chef auf die kaufmännische Tätigkeit seines jungen Gehilfen anscheinend nicht so sehr erpicht war, sandte er ihm am 14. Mai durch eingeschriebenen Brief die Kündigung zu. Kurz vor Monatschluß, am 28. Mai, wollte der kaufmännische Angestellte seine geschäftliche Tätigkeit wieder aufnehmen, wurde aber auf die Kündigung aufmerksam gemacht, die er nicht erhalten, weil er vorher das Lazarett verlassen hatte, ohne seinem Chef davon Mitteilung zu machen. Er erhielt den Auftrag, sich ein ärztliches Zeugnis zu verschaffen und nach dem Verbleib des eingeschriebenen Briefes zu forschen, den er auf dem Postamt in Gohlis erhielt. Als der pflichterhebe Junge Kaufmann am 31. Mai zur Gehaltszahlung zurückkehrte, wurde auf seine weitere Tätigkeit verzichtet und das Gehalt für Mai und Juni vorkäuflich einbehalten. Der Prinzipal wollte durch richterlichen Entscheld feststellen lassen, ob das Zeitfreiwilligenkommando einem Angestellten mehr zu sagen habe als der Prinzipal, der ihn eingestellt hat und bezahlen muß. Außerdem sollte weiteren Berufstreifen gezeigt werden, in welcher Weise die Einrichtung der Zeitfreiwilligen ausgenutzt werde. Der streikende Zeitfreiwillige dagegen erkannte die Kündigung nicht an, weil sie wegen seiner militärischen Tätigkeit erfolgt sei und hat seine Kontoführung der Reichswehrbrigade gemeldet. Das Kaufmannsgericht verschaffte aber dem beklagten Kaufmann die gewünschte Feststellung nicht, sondern führte einen Vergleich herbei, nach dem der Kläger auf seine Weiterbeschäftigung verzichtet und der Beklagte das zurückgehaltene Gehalt auszahlte.

Befolungsordnung und Stadtorchester.

Das Städtische Orchester schreibt uns: Der außerordentliche Vertretertag der deutschen Orchestermeister, auf dem alle großen Orchester Deutschlands, die in einem festangestellten oder beamteten Verhältnis zu ihren Behörden stehen, vertreten waren, hat der Regierung eine Denkschrift überreicht, nach der in Anbetracht der kulturellen Aufgaben, die die städtischen Orchester zu erfüllen haben, gefordert wird, daß: 1. die vollwertige Beamtenstellung mit allen daraus resultierenden Rechten und Pflichten jetzt und in Zukunft erhalten bleibt. Dort, wo die Orchester in einem festen Anstellungsverhältnis zu ihren Behörden stehen (wie z. B. hier in Leipzig das Stadtorchester), ist die Beamtenstellung zu erwirken oder mindestens bestehende Rechte zu wahren; 2. sämtliche Orchestermitglieder unter Gleichstellung mit den Mittelschul Lehrern in Gruppe 8 der Befolungsordnung eingereiht werden; Konzeptsmeister in Gruppe 9; 3. den verantwortlichen Stellen besondere Vergütungen bewilligt werden; 4. allen Orchestermitgliedern für die Stellung von Instrumenten nebst allem Zubehör, sowie für Vorhalten eines Gesellschaftsanguges (Frack) eine Dienstaufwandsentschädigung zugestimmt wird. Das Stadtorchester Leipzig soll in seinen Bezügen der Gruppe 7 angegliedert werden; dazu für einige hervorgehobene Stimmen Stellenzulagen. Aufschlagsmöglichkeiten sind ausgeschlossen, während diese bei den Lehrern wie auch bei den Stadtschulsekretären vorgezogen sind. Die Stadtschulsekretäre beginnen mit der Gruppe 7, rücken nach 4 Jahren in die Gruppe 8 (Obersekretäre) und nach wiederum 4 Jahren in die Gruppe 9. Die Mitglieder des Stadtorchesters bleiben in der Gruppe 7 und führen sich in ihrer Berufsreihe infolgedessen vorwärts, als die früher mit dem Stadtorchester ähnlich gestellten Berufsgruppen (Volksschullehrer, Stadtschulsekretäre) in bezug auf die Befolung, jetzt höher gestellt werden. Da dem Stadtorchester die Aufschlagsmöglichkeit nicht gegeben ist, erwartet es mit Bestimmtheit, daß es der Gruppe 8 mit Stellenzulagen (wie in obiger Entscheldung) eingereiht wird.

Ueber den Lohnabzug für Steuerzwecke.

wird uns vom Stadtsteueramt noch geschrieben: Die Steuerarten werden von den Arbeitgebern und von sämtlichen Leipziger Steuerhebestellen unentgeltlich ausgestellt. Zunächst muß jedoch jeder Arbeitnehmer sich vom Arbeitgeber einen Aufschlagszettel übergeben lassen, ob er überhaupt eine Steuerart braucht und, wenn das der Fall ist, ob er sie vom Arbeitgeber ausgefüllt erhält oder ob er sie bei einer Steuerhebestelle zu holen hat. In den Steuerhebestellen ist ein Ausweis (Wohnungsmessschein, Steuerzettel oder dergl.) vorzulegen. Dabei sind anzugeben: der vollständige Name, die Wohnung vom 1. Januar 1920. Ort und Tag der Geburt, der vollständige Name der Ehefrau. Nicht nur gewerbliche Arbeiter, sondern alle Personen, die Arbeitseinkommen im Sinne des Reichseinkommensteuergesetzes beziehen, haben sich Steuerarten ausstellen zu lassen, namentlich also auch Beamte, Angestellte (mit Einschluß der Proturisten, Direktoren von Aktiengesellschaften usw.), Dienstmädchen und sonstige Hausangestellte.

Die Steuer ist nicht nur vom eigentlichen Gehalt und Lohn zu kürzen, sondern auch von den sonst gewährten Bezügen, den Lantien, Gratifikationen, Ruhegehältern, Witwen- und Waisenpensionen usw. Dabei ist auch der Geldwert der freien Kost, Wohnung und dergleichen geldwerten Vorteilen zu berücksichtigen. Nach einer neueren Verordnung des Reichsfinanzministers sind, wenn solche Bezüge vorhanden sind und ihr Wert den Barlohn übersteigt, 20 vom Hundert des Barlohns als Steuer einzubehalten. Die endgültige Veranlagung zur Einkommensteuer wird dadurch selbstständig nicht berührt.

Unternehmer-Willkür.

Den Angestellten der Firma Robert Kiehl, Maschinenfabrik, Wölkau bei Leipzig, deren wirtschaftliche Lage auf Grund ihres Anstellungsverhältnisses zu den traurigsten der Branche zählt, wurde am 31. Mai d. J. anlässlich der Gehaltszahlung eine ganz besondere Ueberbahrung zuteil. Die Angestellten hatten in Uebereinstimmung mit der Arbeiterschaft der Firma beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitseruhe zu feiern, worauf ihnen von der Firma eröffnet wurde, daß demjenigen, der am 1. Mai feiere, das Gehalt für diesen Tag abgezogen würde. Da die Firma absolut kein Verständnis für soziale Fragen empfindet und dem neuen Zeitgeist völlig fremd gegenübersteht, hatte niemand von den Angestellten auf Verzögerung dieses Tages gerechnet. Anstatt aber den fraglichen 1. Mai tarifmäßig in Abzug zu bringen, oder ein Dreißigstel des Monatsgehalts als ausfallenden Tagesverdienst zu kürzen, hat der Unternehmer eine ganz neue Rechenformel gefunden, indem er einfach ein Dreißigsteltel des Monatsgehalts als Tagesverdienst ermittelt und „seinen“ Angestellten in Abzug gebracht hat. Dieses Rechenexempel ist eine bewusste Schädigung der Angestellten, weil der Unternehmer sich an die im Tarif aufgestellten Richtlinien zur Ermittlung des Stundenlohns der Angestellten nicht hielt, durch Einrechnung der gesetzlichen Freier- und Sonntage im Monat Mai den Stundenlohn künstlich erhöht und sich so an den ohnehin zu bezahlenden Sonntagen widerrechtlich bereichert. Auf den eingelegten Protest erklärte der Inhaber der Firma, Kommerzienrat August Knaue, der den Lohnkampf seiner Angestellten bereits einmal in vertrautem Kreise als „hohleweisses Welle“ bezeichnet hat, die er wieder einmal recht drastisch zu Gemüte geführt, was von Unternehmenseite zu erwarten ist.

Ein Feind der Eltern. Der Lehrer Langguth an der 3. Volksschule in der Randstraße scheint ein besonders starkes Bedürfnis zu besitzen, sich als Ketter von Staat und Gesellschaft zu betätigen. Verteilten da gestern mittag einige unserer Genossinnen vor der Schule Handzettel, die zum Besuch einer heute im Volkshaus stattfindenden Elternversammlung der 1., 2. und 3. Volksschule aufforderten. Während der Direktor die Genossinnen in den Flur des Gebäudes kommen ließ und ihnen dort in ruhiger und höflicher Weise auseinandersetzte, daß es polizeilich verboten sei, vor dem Schulgebäude Flugblätter zu verteilen, ließ der Lehrer Langguth, der die Frauen schon vorher in unglaublich anmaßender Weise angebrüllt hatte, einen Schutzmännchen holen, der die Namen der Schwerverbrecher feststellen mußte! Dabei waren unsere Genossinnen nach der Aufforderung durch den Direktor gerade im Begriff, ihrer Wege zu gehen! Wenn der Lehrer glaubt, durch solche denunziatorische Handlungen das gute Einvernehmen zwischen Schule und Elternhaus herbeizuführen, das durch Gründung von Elternräten geschaffen werden soll, so wird er sich wohl gründlich verrechnen. Die Eltern der betreffenden Schulbezirke aber fordern wir auf, die heutige Versammlung im Volkshaus um so zahlreicher zu besuchen.

Die Wahl zum Elternrat in der Volksschule 46a, Leipzig-Lindenau, findet Sonntag, den 4. Juli, vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Direktorzimmer der Volksschule 46a, Morfeburger Straße, statt. Gültigste, mit 10 Unterschriften versehenen Vorschlagslisten sind bis spätestens 30. Juni an den Wahlschulvorstand, Herrn H. von der Wa, Lindenau, Kaiserstraße 5, part., einzureichen. Die Wählerlisten liegen Mittwoch, den 30. Juni, und Donnerstag, den 1. Juli, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, im Vorzimmer des Direktors, Morfeburger Straße, aus und sind daselbst einzusehen. Um recht rege Beteiligung wird ersucht.

Bei der Elternratswahl in der 10. Volksschule am Sonntag, den 20. Juni, wurden 499 Stimmzettel abgegeben. Die Christliche Liste erhielt 317 Stimmen, die U.S.P.-Liste bekam 142 Stimmen. Es entfielen 6 Sitze auf die Christliche Partei, 3 auf die U.S.P. Nur 26 Prozent der Eltern haben gewählt.

Eine Schwimmschule veranstaltete in der Eiser auf einer Wasserfläche von über 2500 Metern der Arbeiter-Schwimmverein am Sonntag, dem 20. Juni. In guter Ordnung legten gegen 80 erwachsene Teilnehmer, sowie 7 Kinder die Strecke zurück. Vom Schleuflinger Park an wurde die Strecke für den Wettkampf freigegeben, und scharfe Kämpfe setzten um die ersten Plätze ein. Bei den zahlreichen Zuschauern war reiches Interesse für diese Art Veranstaltung vorhanden. Der U.S.P. kann mit dem Erfolg zufrieden sein. Die nächste Schwimmschule findet am Sonntag, dem 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Flutkanal statt.

Als ein Erfolg der Revolution muß noch die Stellungnahme des Rates der Stadt Leipzig erwähnt werden. Als

Der Jahrmakht des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray. (Schluß.)

Wir wollen jetzt zwölf Monate nach der obigen Unterredung in dem Leben der armen Amalie vorübergehen lassen. Sie hat den ersten Teil dieser Zeit in so tiefem und bemitleidenswertem Kummer zugebracht, daß wir, die wir einige von den Bewegungen dieses Schwachen, sanften Herzens beobachtet und beschrieben haben, uns vor dem menschlichen Schmerz, unter dem es verblutet, zurückziehen müssen. Treibt still an das Schmerzlager der armen geknickten Seele. Schleicht leise die Tür des dunklen Zimmers, in welchem sie leidet, wie jene guten Menschen, die sie in den ersten Monaten ihres Schmerzes pflegten, und sie nicht eher verlassen, als bis ihr der Himmel Trost gesendet hatte. Ein Tag kam — ein Tag fast entsetzlicher Wonne und Veränderung, wo das arme verwitwete Weib ein Kind an ihre Brust drückte, ein Kind mit den Augen ihres dahingeschiedenen Georg, einen kleinen engel-schönen Knaben. Welch eine Wonne war es, seinen ersten Schrei zu hören! Wie sie über ihn lachte und weinte! — Wie Liebe und Hoffnung und Gebet wieder in ihrer Brust erpachten, als: sich der Säugling an diese schmiegte! Sie war gerettet. Die Ärzte welche sie behandelten und für ihr Leben oder ihren Bestand fürchteten, hatten anfänglich diese Kräfte erwartet, ehe sie sich über die Sicherheit des einen oder des andern aussprechen konnten. Es war eine köstliche Belohnung für die langen Monate der Furcht und des Zweifels, die diesen Tagen empfingen, welche sich in ihre Pflege geteilt hatten, ihre Augen noch einmal jählich auf sie strahlen zu sehen.

Unser Freund Dobbin war einer von diesen. Er war es, der sie nach England und in das Haus ihrer Mutter zurückgeleitete, als Frau O'Dowd nach dem peremptorischen Befehl ihres Mannes genötigt wurde, die Patientin zu verlassen. Es würde eine Augen- und Herzensweide für jeden, der auch nur den geringsten Humor hatte, gewesen sein, Dobbin das Kind halten zu sehen und Amalians triumphierenden Lachen zu hören, als sie ihm zusah. William hatte das Kind aus der Taufe gehoben und bot seinen

ganzen Scharfsinn auf, um Einkäufe von Tassen, Löffeln, Bechern, Schüsseln und Korallen für seinen kleinen Vaten zu machen.

Wie ihn seine Mutter pflegte und liebte und von seinem Anblick lebte; wenn sie alle andern Pflegerinnen forttrieb, und dachte, daß die größte Günst, welche sie seinem Vaten, Major Dobbin, erweisen könne, die sei, ihn zuweilen mit dem Kleinen spielen zu lassen, alles dies braucht hier nicht erzählt zu werden. Dieses Kind war ihr Leben. Ihre ganze Existenz war eine einzige mütterliche Liebesorgie. Sie umgab das Schwache und bewußtlose Geschöpf mit Liebe und Anbetung. Es war ihr Leben, welches der Säugling von ihrer Brust trank. Wenn sie des Nachts allein war, hatte sie geheime köstliche Entzückungen mütterlicher Liebe, wie sie Gottes wunderbare Güte dem weiblichen Instinkt gemährt hat, — Freuden, die bei weitem höher und tiefer sind als der Versuch, eine blinde schöne Hingabe, wie sie nur Frauenherzen kennen. Es war William Dobbins Aufgabe, über diese Bewegungen nachzudenken, und ihr Herz zu beobachten, und wenn ihn seine Liebe in den Stand setzte, fast alle Gefühle, die das Weib bewegten, zu erraten, so konnte er leider auch wahrnehmen, daß kein Blick für ihn darin geblieben war. Und so ertrug er mit dem stillen, ohne sich darüber Illusionen zu machen, und wahrzufrieden damit.

Amalians Eltern durchschauten vielleicht die Absichten des Majors und waren demselben nicht abgeneigt. denn Dobbin besuchte ihr Haus täglich und blieb Kundenlang bei ihnen oder Amalien, oder dem ehrlichen Herrn Clapp, ihrem Wirt, und seiner Familie. Er brachte unter dem einen oder andern Vorwand fast täglich Geldchen für jedes mit, und trug bei dem kleinen Mädchen des Hauswirts, welches ein Liebling Amalians war, nur den Namen „Hauptmann Zuckerpflaume“. Es war dieses kleine Mädchen, welches ihn gemeinlich als Zeremonienmeister bei Frau Osborne einführte. Sie lachte eines Tages, als Major Zuckerpflaumes Kabinet in Fulham einfuhr, und dieser daraus mit einem hölzernen Pferde, einer Trommel und Trompette und andern kriegerischen Spielzeug für den kleinen Georg, der kaum sechs Monate alt war und also schwerlich von den erwähnten Artikeln Gebrauch machen konnte, abließ. Das Kind schielte. „Stil plüt!“ sagte Amalie, vielleicht ärger-

lich über das Knarren der Stiefel des Majors, und hielt ihm ihre Hand hin, lächelnd, weil sie William nicht eher nehmen konnte, als bis er sich seiner Spielwaren entledigt hatte. „Geh die Treppe hinab, kleine Marie!“ sagte er zu dem Kinde, „ich habe mit Frau Osborne zu sprechen.“ Sie blühte ziemlich erstaunt auf und legte den Kleinen auf das Bett.

„Ich bin gekommen, um Abschied zu nehmen, Amalie!“ sagte er, sanft ihre zarte, kleine, weiße Hand ergreifend.

„Abschied Wohin gehen Sie?“ fragte sie lächelnd.

„Schicken Sie Ihre Briefe an meinen Agenten, er wird sie mir nachsenden, denn Sie werden mir schreiben, nicht wahr? Ich bleibe lange, lange abwesend.“

„Ich werde Ihnen über Georg schreiben. Lieber William, wie gut sind Sie gegen ihn und mich gewesen. Sehen Sie ihn an, ist er nicht ein Engel?“

Die kleinen zoffigen Händchen des Kindes schlossen sich mechanisch um den Finger des ehrlichen Soldaten, und Amalie blühte ihm strahlend vor mütterlicher Entzückung in das Gesicht. Die grausamsten Blicke hätten ihn nicht mehr verwunden können als dieser Ausdruck hoffnungsloser Freundschaft. Er beugte sich über das Kind und die Mutter. Er konnte einen Augenblick nicht sprechen, und es erforderte seine ganze Kraft, als er sich zwang, ihr zu sagen: „Gott behüte Sie!“ — „Gott behüte Sie!“ erwiderte Amalie, und hielt ihm ihre Wangen zum Kusse hin.

„Still, still wecken Sie Georg nicht auf!“ sagte sie hinzu als William Dobbin mit schwerem Schritte nach der Tür ging. Sie hörte das Raseln seines Kabinetts, als er hinwegfuhr — sie stierte auf das Kind, welches im Schlaf lächelte.

Kleine Chronik.

Der Jahrmakht des Lebens geht zu Ende, nämlich unser Roman. Der Abdruck mußte dank dem Papiermangel oft wochenlang ausgesetzt werden, zu schweigen von dem fast fünf Wochen dauernden Verbot des Blattes und von dem Kapp-Verbot: dadurch wurde für die Leser häufig der Zusammenhang zerrissen, zumal die Raumknappheit ohnehin nur den Abdruck kurzer Texte

Grundversteigerung und den Genossen sämtlich in den Erbschaftsausgleich. — Dem Nachlassgericht des Lehrsers Hess wird zugestimmt; an seine Stelle tritt Eisenbahngesellschaft. — Der Entschuldigender 20 Kinder in Erbschaft wird zugestimmt. — Der Antrag der Beamten auf Bildung eines Beamtentags wird nach einigem Zögern genehmigt. — Ein Antrag, die Bildung eines Ortsrates nach den Richtlinien der Regierung und die Auslegung von Einzelentscheidungen vorzunehmen, wird gegen eine Stimmenthaltung angenommen. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde die Anstellung des Amtsrats Wolf an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Haase beschlossen, ferner das Ortsgesetz über die Befolgung der Gemeindebeamten als vorläufige Regelung genehmigt.

Sommerfeld, Gemeinderatswahl. Der Gemeinderat hat bekannt, daß die Kartoffeln, die die Gemeinde im nächsten Wirtschaftsjahr bedarf, bei der Amtshauptmannschaft anzuwerben sind. Der Gemeinde war es nicht möglich, Kartoffeln zu pachten; das Straßen- und Wasserbauamt hat die Kartoffeln an die Obsthändler vergeben. Dieselben sind verpflichtet, an die Gemeinden einen Teil abzuliefern. Für Sommerfeld kommen 25 Zentner in Frage. — Die Jahresabrechnungen der Gemeinde von 1917/18 wurden richtungsgemäß. — Vom 1. April dieses Jahres ab ist der Wasserzins um 100 Prozent erhöht worden. — Verschiedene Mitteilungen, die bei der Befragung der Kinderbefragung durch die Quäler vorgebracht wurden, fließen zu dem Beschluß, eine nochmalige Untersuchung der Kinder vorzunehmen. — Zur Bildung eines Ortsrates nach den Richtlinien des Ministeriums des Innern wählte man einen Ausschuss von 7 Personen.

Gaußh. Gemeinderat. Infolge Knappheit der Hilfsmittel kann der Gemeinde zur Errichtung von Wohnhäusern in der Weberstraße nur ein Reichsdarlehen für 16 Wohnungen (Statt 28) gewährt werden. Da jedoch eine wesentliche Erhöhung der Einheitsätze der Reichsdarlehen zu erwarten steht, so soll die Ausführung der genannten Bauten noch ausgesetzt werden. Inzwischen werden jedoch die notwendigen Vorarbeiten — Materiallieferung, Kostenvoranschlag usw. — erledigt werden. Zur besseren Sicherung des Ortes und der Polizeimannschaften ist ein Polizeihund angeschafft worden, dies dürfte namentlich den Gartenbesitzern zugute kommen, die besonders schwer unter zahlreichen Kleindiebstählen zu leiden hatten. Der Buchdruckerbesitzer Malthe ist aus der Partei der Mehrheitssozialisten ausgeschieden und sucht um Austritt aus der Gemeindevertretung nach, der ihm bewilligt wird. Der folgende Kandidat der mehrheitssozialistischen Liste hat ebenfalls dieser Partei den Rücken gekehrt, so daß nun Frau Martha Schmidt als Nachfolgerin ins Gemeinderatmandat einzieht. Gemeindevorsteher Genosse Wilmner erstattet Bericht über die Verhandlungen des sächsischen Gemeindetages, die ein trübes Bild der Finanzlage der Gemeinde entrollen. Immer mehr werden die Gemeinden deshalb auf Selbsthilfe durch Schaffung verbundener Anlagen fähig, um wenigstens einigermaßen die Lösung ihrer kulturellen Aufgaben zu sichern. Den Anliegern der Bauerer- und Weberstraße ist auf Ansuchen die Frist zur Herstellung der Fußwege auf ein Jahr verlängert worden, jedoch haben die Anlieger diese Wege auf eigene Kosten durch Sand usw.

ordnungsgemäß herzustellen. Die Nichtigprechung von Gemeinde- und Sparcasseneinrichtungen erfolgt einstimmig. Dem Bebauungsplan der Nachbargemeinde Großstädteln wird widersprochen, da derselbe an unseren Ortsgrenzen, für die offene Bauweise vorgesehen ist, Fabrikanlagen vorsieht. Es wird vorgeschlagen, daß eine Abtufung in der Weise eintreten soll, daß in einer Zone von 150 Meter dieselbe Bauweise wie für unseren Ort gewählt wird. Den Gemeindebeamten und Angehörigen wird abermals ein 50prozentiger Zuschuß auf ihre Bezüge bewilligt. Auch das Sterben ist teurer geworden, die Gebühren für die Beerdigung werden wie folgt geregelt: mit Wirkung ab 1. Juli d. J. für Kinder unter sechs Jahren auf 6 Mk., für Kinder von sechs bis 14 Jahren auf 8 Mk. und Erwachsene auf 12 Mk. Dem Leipziger Heim für gebrechliche Kinder wurde ein Jahresbeitrag von 150 Mk. und für die Zentralbücherei für Blinde ein solcher von 100 Mk. bewilligt. — Das Ergebnis der am 1. Juni vorgenommenen Wählerprüfung stellt sich wie folgt: 65 Kinder, 204 Schafe, 189 Schweine, 637 Flegeln, letztere haben sich seit dem 1. März um 332 vermehrt, die andern Tierbestände weisen geringe Abweichungen auf.

Unwillige Bekanntmachungen.
Gemeinde Paunsdorf.
Donnerstag u. Freitag, vormittags von 8-12 Uhr, ausgelegene Spielkarten, 8 Zentner 20 Mt. (markenfrei), Futterkartoffeln, 8 Zentner 7 Mt.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.
U. S. P. D. Schulvorstandsmitglieder Groß-Leipzig. Sonnabend, den 26. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr, Schulvorstands-Konferenz im Volkshaus, Gartensaal. Tagesordnung: 1. Schulfragen. 2. Bericht über Jahresarbeiten. 3. Bericht über die Tätigkeit der Schulvereine. 4. Bericht über die Tätigkeit der Schulvereine. Der Vorstand U. S. P. D. Groß-Leipzig.

Mt-Leipzig, Bezirk Osten. Freitag, 25. Juni 1920, abends 7 Uhr, **Öffentl. Mitgliederversammlung** im Restaurant Gutenbergs, Johannstraße 1921. Hof 1. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Mitglieder und die letzten Wahlen. 2. Auswärtige. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Die Kammer für Mitglieder abzurechnen. Die Kammer für Mitglieder der U. S. P. D. 20 Bg. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vertrauensmann.

Mt-Leipzig, Bezirk Westen II. Freitag, den 25. Juni 1920, abends 7 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Restaurant Rosenthal, Waldstraße 82. Abrechnung der Mitglieder von der Reichstagswahl. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Bezirksvertreter.

Im Gesellschaftshaus in L.-Schönefeld findet am Freitag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, eine **grosse öffentl. Versammlung** statt. Tagesordnung: Die Stellung der U. S. P. D. zur Regierungsbildung im Reich. Referent: Genosse Karl Göbe. — Freie Aussprache. Die Wichtigkeit dieser Frage erfordert Massenbesuch. Der Vorstand des Kreisvereins Schönefeld (U. S. P. D.).

Kamillen und alle anderen Arzneikräuter kauft in gut getrocknetem Zustand tägl. 8-3, Sonnabends 8-12 Uhr
W. F. Nauck, Leipzig
Rosenthalgasse 4.

Achtung, Wiederverkäufer!
Rauchtabak, sein Heberlee-Blattware, 3tr. 2500 Mt. Zigarren in allen Preislagen. — Zigarren von allen bekannten Firmen zu Original-Preisen.
Kautabak von Rodderson
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Richard Gottschalk, L.-Lindenu
Hauptstraße 1a, Ecke Neißelstraße — Telefon 33420

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Büro: Victoria-Hotel, 2. Etage, Zimmer 18 bis 21, 22 und 24. Telefon: 86-27. Geschäftszeiten: Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr.

Bürstenmacher. Donnerstag, den 24. Juni, abends 5 Uhr, im Volkshaus, Zimmer Nr. 1: **Branchenversammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht über wirtschaftliche Aussichten. 2. Diskussion dazu. 3. Die Antwort der Innung auf unsere Forderung. 4. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Branchenleitung.

Maschinen-, Sägerei- und Hilfsarbeiter. Freitag, den 25. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Nebenraum links: **Branchenversammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichstagskonferenz. 2. Auswärtige hieran. 3. Gewerblich-fachliche Angelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Sektionsleitung.

Bauarbeiter-Verband
Telephon: 8078. Geschäftszeiten: Montag bis Freitag von 8-12 Uhr, Sonnabends von 8-1 Uhr.
Büro: Gerberstraße 1, III (Hotel Victoria), Zimmer 86-87.
Geschäftszeiten: Montag bis Freitag von 8-12 Uhr, Sonnabends von 8-1 Uhr.

Liebertswitz. Freitag, den 25. Juni, abends 7 Uhr, findet im Schwarzen Hof eine **Mitgliederversammlung** statt.
Nabispinger und Stufateure. 7/8 Uhr, **Gruppenversammlung** im Volkshaus, Zeller Straße.

Rindleder-Coupekoffer
Desgleichen in deutscher Färb. Größte Auswahl. Nur eigene beste Fabrikate. Billigste Preise.
Karl Blaich Windmühlenstraße 32, Tauchaer Straße 16.
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel und div. Lederwaren.

Herz Stiefel
Sehr billige Preise
Haltbarkeit Eleganz
sind bekannt
Paul Böhme
Petersstraße 4
Hupfeld-Haus.

Arbeiter! werdt neue
Glafer! Volkszeitungsleiter.
Freitag, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr
im Volkshaus, Nebenraum links.
Tagesordnung:
Die Antwort des sächsischen Innungsverbandes auf unsere Forderung und Stellungnahme hierzu. Die Montagearbeiter sind besonders eingeladen.
Die Verwaltung.

Achtung.
Die Abschnitte C und D der Hauptkohlenkarte müssen bis 30. Juni angemeldet sein, und werden Neuanmeldungen noch entgegen genommen.
L.-Kleinzschocher, Herm. Lamprecht Nachf., — Dieskaustraße 30.

Kamillen
Holunderblüten
und alle anderen Kräuter und Wurzeln kauft
Job. Ranzler, Leipzig-Co.
Kochstraße 122.

Wadewitz kauft
Windmühlenstraße 33, I, neben Victoria
Tel. 15476
Berren- und Damen-Garderobe aller Art.
Militär-Gegenstände, Wäsche.

Raucherdank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung vorübergehend. Ausk. unsonst.
Institut Engbrecht
München R. Kapuzinerstr. 9

Haut-, Geschlechts- u. Hornleib, vorz. nero Schwäche behand. **Dr. med. Dori**, nicht approbiert. Mittel naturw. **Gesellsch. Leipzig, Leipzigerstr. 6.** Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

Billige Anzüge
Verabreichte Preise
Covercoat, Sommer- und Winter, Joppen, Frack- u. Gesellschafts-Anzüge, auch leihweise
Größte Auswahl
In dem seit Jahren als solch und reell bekannten **Herrn-Garderobehaus**
J. Rindermann
Neumarkt 1, I. Etage
Ecke Grimmstraße.

Trauringe massiv
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. I.
Familien-Nachrichten

Um Montagabend verstarb nach kurzem Leiden, im Alter von 37 Jahren, mein lieber Mann, der treuergebende Vater seiner vier Kinder, der Werkmeister
Martin Paul.
Tiefbetrübt zeigt dies an
L. Sellenhausen, Ortheimstraße 22
Helene vorw. Paul im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Einäscherung erfolgt Freitag, mittags 1 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Kurt Hanspach
Molany Dietmann
Verlobte
L. Mückern
Mecklenburgerstr. 19
Warburgerstr. 12, I.
20. Juni 1920.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Galvanoplastiker
mit allen in Frage kommenden Arbeiten auf vertragl. findet zur Unterstützung u. Vertretung sofort od. später dauernde Stellung. Ausführliche Angebote erbiten
Dr. v. Löbbecke & Co., Anstalt II, Erturt.

Fahrradschlosser, jung u. zuverlässig, mit guten Zeugnissen, sofort gesucht
Große Meißnerstraße 22, 2. Abt.

Hausarbeiterinnen
für leichte, saubere Arbeit bei gutem Lohn suchen
Enk & Westphal, Spielwarenfabrik
Leipzig-Lindenu
Mühner Straße 35.

Mehrere Schneidemüller
für Horizontalgatter sofort gesucht
Dampfsägewerk Fleming
Leipzig
Franz-Memling-Str. 4.

Verkäufe
In Zigarettenabak, 1kg, hat abas. Sternmarken 55, 5. II. r.
Holl. Kanaster
(übersehb. Qualitätstabak)
100 Gramm-Paket 5, 80 Mt.
vert. an Galtw. u. Verbraucher
Wiesner, Gophlenstr. 37. pt.

Raucher!
Die billigen
Schauff-Zigarren
von 70 Pfennig an
sind eingetroffen.
VERKAUFSSTELLE
Hainstraße 23 / Telephon 18090

Brennholz, Tel. 51065
Frenzel u. Schmidt, M. 25.
Freib. Bf., Speier, Wenz.
Gummiwandel billig zu vert.
Connew, Similtentstr. 26, pt.
2 Jodettanzüge, 175 u. 250 Mt.
1 Cutaway u. 2 Gehrockanzüge
vert. billige Gänge Str. 10, I.
Staubanzug f. 11-12 Mt. u.
Ulster, 25 D. Schuhe 37 u. 40.
vert. H. Albertinestr. 88, I.
Stoffe, wie neu, 120 Mt.
Stoll Raundelchen 18, I. Itz.

Möbel
Große Auswahl
in bürgerlichen
Wohnungs-Einrichtungen
Solide Preise — Gediegene Arbeit
Josef Hirsch
Zeitzer Straße 6b.

Verschiedene Anzüge
billig zu verkaufen.
Windmühlenstr. 33, I.
Jadettanzug, Hose
selbener Damenleib billige
vert. Lad. Promenadenstr. 37.
Cutaway mit gestr.
Hose
billig zu verkaufen
Windmühlenstr. 33, I.
Hose, gestr. unterh. f. 100 Mt. u. pt.
Mottelstr. 5, Stab. II. Wilhelm
Felle Pelzenhemden, f. Dam.
Rd., Frommannstr. 12, Lad.

